

Postsowjetische Migration in Deutschland

Expertise

Prof. Dr. Jannis Panagiotidis, Universität Wien (Juli 2021)

Inhalt

1. Was ist postsowjetische Migration?	2
2. Sozioökonomische Integration	3
3. Verteilung im Raum	8
4. Fremdwahrnehmungen und Vorurteile	11
5. Politische Einstellungen	12
6. Fazit	14

Zusammenfassung

Postsowjetische Migrant*innen – vor allem russlanddeutsche Spätaussiedler*innen und jüdische Kontingentflüchtlinge – sind die größte Zuwanderungsgruppe in Deutschland. Dennoch ist über ihre Situation in der deutschen Gesellschaft wenig bekannt. Diese Expertise trägt zentrale Ergebnisse der ersten umfassenden Studie zu postsowjetischer Migration nach Deutschland zusammen:

- Postsowjetische Migrant*innen sind sozioökonomisch insgesamt gut integriert: Ihre Arbeitslosigkeit ist niedrig, die Einkommenssituation hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert. Dies lässt sich als Folge proaktiver staatlicher Integrationspolitik interpretieren. Viele arbeiten aber unter ihrer Qualifikation, besonders Frauen häufig nur geringfügig. Gerade jüdische Kontingentflüchtlinge sind oft von Altersarmut betroffen.
- Postsowjetische Migrant*innen leben relativ gleichmäßig im Bundesgebiet verteilt. Das ist ein Ergebnis staatlich gesteuerter Verteilung. In Städten leben sie hingegen vergleichsweise stark konzentriert, und zwar paradoxerweise vor allem dort, wo ihr Bevölkerungsanteil relativ gering ist.
- Postsowjetische Migrant*innen nehmen als weiße Migrant*innen einen speziellen Platz in der deutschen Gesellschaft ein. Sie gelten als „unsichtbar“ und werden zum Teil positiv stereotypisiert. Sie erleben aber auch Ressentiments gegen Osteuropäer*innen und im Fall der Kontingentflüchtlinge Antisemitismus.
- Das Wahlverhalten postsowjetischer Migrant*innen hat sich ausdifferenziert. Ein stabiler Anteil von rund 40 Prozent wählt Parteien links der Mitte. Rechts der Mitte hat die CDU Stimmen an die AfD verloren, ist aber nach wie vor die beliebteste Partei.

1. Was ist postsowjetische Migration?

Postsowjetische Migrant*innen und deren Nachkommen sind die größte Zuwanderungsgruppe in der Bundesrepublik. Laut Mikrozensus lebten 2019 rund 3,5 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund aus der ehemaligen Sowjetunion in Deutschland. 2,73 Millionen von ihnen sind selbst zugewandert.¹ Ihre Hauptherkunftsländer sind die Russische Föderation (rund 39 Prozent), Kasachstan (rund 35 Prozent) und die Ukraine (rund 10 Prozent). Zentral geht es dabei um zwei größere Gruppen:

- **Russlanddeutsche (Spät-)Aussiedler*innen** und ihre Familienangehörigen, von denen die Bundesrepublik Deutschland seit den 1970er Jahren rund 2,4 Millionen aufgenommen hat;²
- **Jüdische Kontingentflüchtlinge** und ihre Familienangehörigen, von denen die Bundesrepublik seit 1990 rund 220.000 aufgenommen hat.³

Beide Migrationsbewegungen fanden vor allem zwischen Ende der 1980er Jahre und Mitte 2000er Jahre statt, also im Zuge der Öffnung beziehungsweise Auflösung der Sowjetunion (vgl. Abbildung 1). Russlanddeutsche Spätaussiedler*innen erhielten die deutsche Staatsbürgerschaft auf Grundlage ihrer individuell nachzuweisenden „deutschen Volkszugehörigkeit“ sowie ihres kollektiven „Kriegsfolgeschicksals“. Dieses ergab sich aus ihrer Deportation nach Sibirien und Kasachstan im Zweiten Weltkrieg und ihrer seitdem ausgebliebenen Rehabilitierung.⁴

Jüdische Kontingentflüchtlinge erhielten zunächst in der DDR und dann im wiedervereinigten Deutschland Schutz vor dem zunehmenden Antisemitismus in der zerfallenden Sowjetunion und ihren Nachfolgestaaten. Die Bundesregierung interpretierte dies auch als Wiedergutmachung für die Shoah. Antragstellende mussten dabei anders als reguläre Flüchtlinge keine individuelle Verfolgung nachweisen, sondern erhielten allein auf Grundlage ihrer jüdischen Identität oder Abstammung den Status als Kontingentflüchtling, der mit einem dauerhaften Aufenthaltstitel verbunden war.⁵

¹ Destatis, Fachserie 1, Reihe 2.2, Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2019, Tab. 2I (in der Folge zitiert als: Mikrozensus 2019), [LINK](#).

² (Spät-)Aussiedler und ihre Angehörigen - Zeitreihe 1950 – 2019, [LINK](#); Bis Ende 1992 hieß die Rechtskategorie zur Aufnahme von „deutschen Volkszugehörigen“ aus der (ehemaligen) Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten „Aussiedler“, seitdem „Spätaussiedler“. Die Klammerform (Spät-)Aussiedler bringt zum Ausdruck, dass Russlanddeutsche in beide Kategorien fallen. Da die Mehrzahl der russlanddeutschen Zuwanderer in die Kategorie „Spätaussiedler“ fällt und dieser Begriff auch im allgemeinen Sprachgebrauch stark mit dieser Gruppe assoziiert ist, werde ich in der Folge auch ohne Klammern von „Spätaussiedlern“ sprechen, wobei damit Aussiedler der früheren Phase ebenso gemeint sind wie Familienangehörige, die keinen eigenen Spätaussiedlerstatus erhielten. Mit *Russlanddeutschen* sind ethnische Deutsche aus der gesamten ehemaligen Sowjetunion gemeint – viele von ihnen immigrierten tatsächlich gar nicht aus Russland, sondern aus Kasachstan und anderen zentralasiatischen Republiken. Vgl. Jannis Panagiotidis, Wer sind die Russlanddeutschen? [LINK](#)

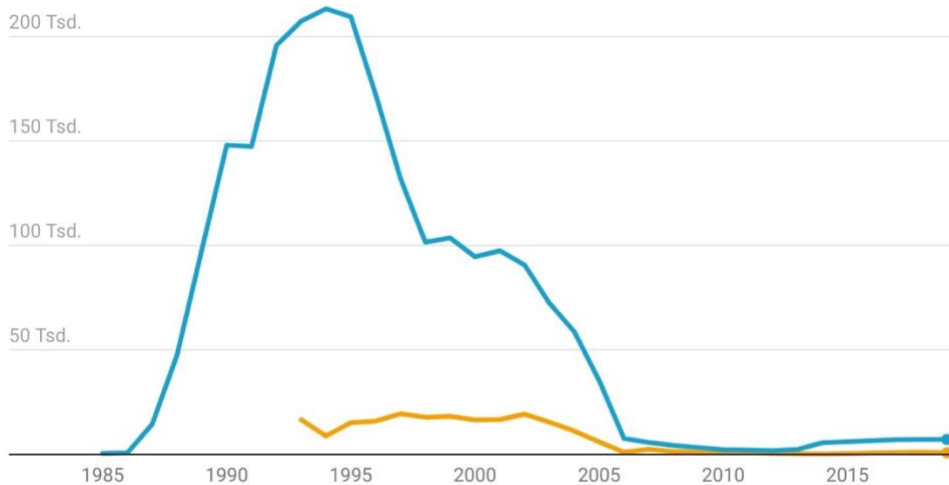
³ Migrationsbericht der Bundesregierung 2019, S. 122, [LINK](#). Die Zahlen zu Spätaussiedlern und Kontingentflüchtlingen beziehen sich jeweils auf die Zuzugsstatistiken und sind nicht gleichzusetzen mit der Anzahl der diesen Kategorien zugehörigen Menschen, die aktuell in Deutschland leben. Gleichwohl bekommen wir so einen Eindruck von den Größenverhältnissen, um die es hier geht.

⁴ Vgl. Jannis Panagiotidis, Postsowjetische Migration in Deutschland: Eine Einführung (Weinheim: Beltz Juventa Verlag, 2021), S. 43-47, sowie Jannis Panagiotidis, Aussiedler, [LINK](#)

⁵ Panagiotidis, Postsowjetische Migration, S. 47-52.

1. Migration aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland

Zuwanderung von **Spätaussiedler*innen** und **Kontingentflüchtlingen** aus der ehemaligen UdSSR und ihren Nachfolgestaaten



Quelle: Daten des Bundesverwaltungsamts sowie Migrationsbericht der Bundesregierung • Erstellt mit Datawrapper

Neben diesen beiden speziellen Migrationsgruppen kamen zudem Studierende oder hochqualifizierte Fachkräfte aus dem postsowjetischen Raum nach Deutschland, die zahlenmäßig aber deutlich weniger ins Gewicht fallen. Zuletzt flohen auch zunehmend Menschen in die Bundesrepublik, vor allem aus Tschetschenien und dem Transkaukasus.

2. Sozioökonomische Integration

Sowohl Spätaussiedler*innen als auch Kontingentflüchtlinge kann man im Vergleich mit anderen Migrationsgruppen als „privilegiert“ bezeichnen: Sie kamen in einem geregelten Aufnahmeverfahren nach Deutschland, erhielten sofort einen sicheren Aufenthaltsstatus – im Falle der Spätaussiedler*innen sogar die deutsche Staatsbürgerschaft – und hatten außerdem Anspruch auf bestimmte Eingliederungshilfen wie Sprachkurse, Sozialhilfe sowie Wohn- und Arbeitslosengeld.

Hat sich das im Vergleich zu anderen Migrationsgruppen und der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund positiv auf ihre Teilhabe am Arbeitsmarkt und ihr Einkommen ausgewirkt?⁶ Die knappe Antwort lautet: ja. Insgesamt sind sie sozioökonomisch gut integriert. Es wäre aber viel mehr möglich gewesen. Denn oft arbeiten sie in prekären Jobs und sind von Altersarmut betroffen.

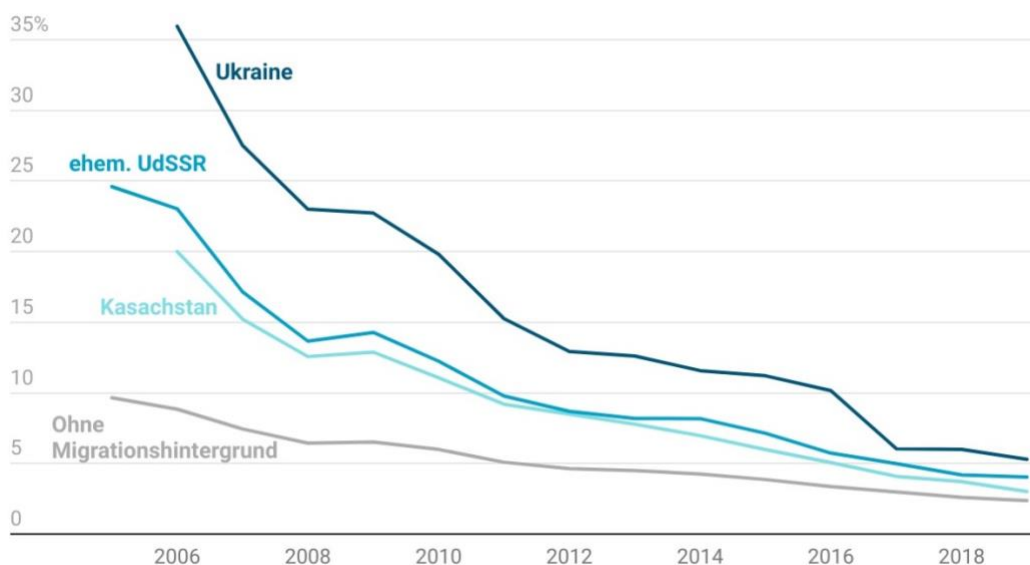
⁶ Zu diesen Vergleichen statistisch konstruierter Bevölkerungskohorten ist zweierlei anzumerken. Erstens muss uns der Konstruktionscharakter der Kategorien klar sein, der Eindeutigkeit suggeriert, wo es durchaus auch Mischungen und Überschneidungen gibt. Dennoch lassen sich aus diesen Betrachtungen einige relevante demographische Charakteristika und Trends herauslesen. Zweitens ist die Absicht dieser Gegenüberstellung nicht, Integrationsleistungen oder gar „Integrationsfähigkeit“ bestimmter Migrantengruppen zu bewerten. Vielmehr geht es hier darum aufzuzeigen, wie sich unterschiedliche soziodemographische Voraussetzungen im Kontext unterschiedlicher Migrations- und Integrationsregime auswirken.

Zahlen für Zuwander*innen aus Kasachstan dienen als Näherungswerte für russlanddeutsche Spätaussiedler*innen, von Zuwander*innen aus der Ukraine für die jüdischen Kontingentflüchtlinge.⁷

Arbeitsmarkt

Seit Jahren steigt die Erwerbsquote postsowjetischer Migrant*innen beider Geschlechter: 2019 lag sie bei 83,2 Prozent, bei russlanddeutschen Spätaussiedler*innen bei 85,5 Prozent, und damit nahe an der Erwerbsquote der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (84,7 Prozent).⁸ Bis Mitte der 2000er Jahre waren postsowjetische Migrant*innen noch überdurchschnittlich häufig erwerbslos. Die Erwerbslosenquote ist in den letzten Jahren aber massiv gesunken (Abbildung 2): von 25 Prozent im Jahr 2005 auf knapp vier Prozent 2019. Bei den Russlanddeutschen liegt sie mit 3 Prozent nur knapp über der Erwerbslosigkeit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (2,4 Prozent).

2. Erwerbslosenquote unter postsowjetischen Migrant*innen



Source: Berechnet auf Grundlage des Mikrozensus 2019 (Tabelle 16) • Created with Datawrapper

Die Erwerbslosigkeit der jüdischen Kontingentflüchtlinge ist zwar auch zurückgegangen, liegt aber immer noch signifikant höher als bei den russlanddeutschen Spätaussiedler*innen. Das ist deshalb bemerkenswert, weil sie öfter Abitur haben und deutlich häufiger akademische Abschlüsse mitbringen. Das schlägt sich aber in Deutschland nicht in beruflichem Erfolg

⁷ Für die russlanddeutschen Spätaussiedler funktioniert diese Näherung besser als für die Kontingentflüchtlinge: Zwar kommt nicht jeder russlanddeutsche Spätaussiedler aus Kasachstan, aber fast alle Zuwanderer aus Kasachstan sind russlanddeutsche Spätaussiedler. Die Kontingentflüchtlinge machen hingegen nur gut 50% der Zuwanderer aus der Ukraine aus. Eine grundsätzliche Tendenz der Lage unter den Kontingentflüchtlingen lässt sich aus diesen Zahlen gleichwohl ablesen.

⁸ Berechnet auf Grundlage von Mikrozensus 2019, Tab. 16I. Prozentangaben beziehen sich auf den Anteil der Erwerbspersonen an der Bevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren (Tab. 2I).

nieder. Ein Grund dafür ist, dass ihre Bildungsabschlüsse oft nicht anerkannt wurden. Russlanddeutsche Spätaussiedler*innen mit niedrigen bis mittleren Qualifikationen – und mit der Bereitschaft, auch unter Qualifikation zu arbeiten – sind hingegen besser auf dem Arbeitsmarkt angekommen, oft aber in prekären Jobs.

Der Anteil geringfügig beschäftigter Personen unter den postsowjetischen Migrant*innen ist hoch: 2019 lag er bei 9,9 Prozent, gegenüber 7,7 Prozent bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. Das betrifft überproportional Frauen: 2019 waren 15,2 Prozent von ihnen nur in Minijobs beschäftigt, bei Frauen ohne Migrationshintergrund waren es 10,4 Prozent.⁹

Generell arbeiten postsowjetische Frauen eher im Dienstleistungsbereich – wie Frauen in Deutschland generell –, dort aber selten in der Verwaltung, sondern eher an der Supermarktkasse, in der Gebäudereinigung, in der Pflege und in der Gastronomie.¹⁰ Die postsowjetischen und besonders die russlanddeutschen Männer hingegen arbeiten überdurchschnittlich oft im sekundären Sektor, also dem produzierenden Gewerbe und dem Baugewerbe.¹¹

Einkommen

Postsowjetische Migrant*innen arbeiten viel, verdienen aber nicht unbedingt viel damit. Sie erzielen nur etwa 80 Prozent des durchschnittlichen persönlichen Nettoeinkommens der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.¹² Allerdings hat sich die Lücke zur einheimischen Bevölkerung in den letzten Jahren verkleinert.

Bei den Einkommen der Haushalte ist die Lücke geringer und schließt sich schneller, vor allem bei russlanddeutschen Spätaussiedler*innen: 2006 verfügte ein durchschnittlicher Haushalt einer Familie aus Kasachstan nur über 78 Prozent des Einkommens eines Haushalts von Personen ohne Migrationshintergrund, seitdem ist dieser Wert fast kontinuierlich gestiegen und lag 2019 bei 97 Prozent.¹³

Dies gilt aber nicht für die Haushaltseinkommen pro Kopf. Russlanddeutsche Haushalte sind im Durchschnitt größer und mehrere relativ niedrige Einkommen werden zu einem ausreichenden Haushaltseinkommen zusammengelegt.¹⁴ Die Minijobs der vielen geringfügig beschäftigten Frauen mögen für sich genommen nicht zum Leben reichen, leisten aber einen wichtigen Beitrag zum Familienbudget.

⁹ Berechnet auf Grundlage von Mikrozensus 2019, Tab. 17I und 17W.

¹⁰ Berechnet auf Grundlage von Mikrozensus 2019, Tab. 16W.

¹¹ Berechnet auf Grundlage von Mikrozensus 2019, Tab. 16M.

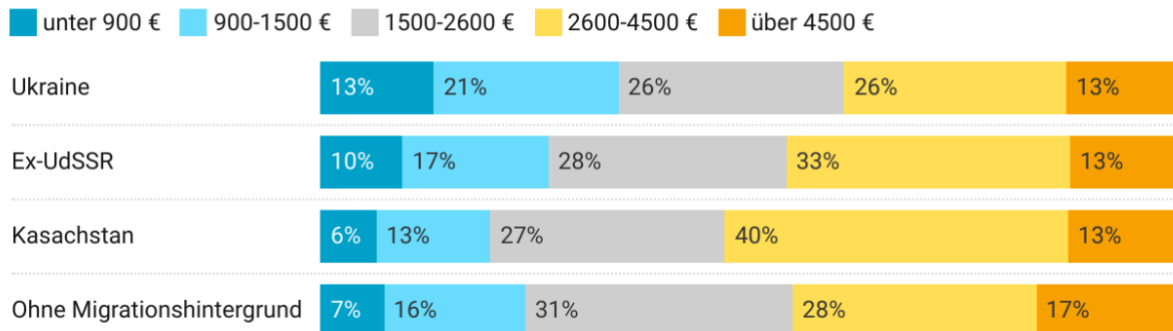
¹² Berechnet auf Grundlage von Mikrozensus 2019, Tab. 16I.

¹³ Berechnet auf Grundlage der Mikrozensusausgaben 2006-2019, Tab. 11.

¹⁴ In Haushalten von Personen aus Kasachstan lebten 2019 im Schnitt 2,69 Personen, in postsowjetischen 2,44, in Haushalten von Personen aus der Ukraine 2,18, und in Haushalten von Personen ohne Migrationshintergrund 1,87. In Haushalten von Personen aus Kasachstan waren im Schnitt 1,49 Personen erwerbstätig, in Haushalten von Personen aus der Sowjetunion 1,28, in Haushalten von Personen aus der Ukraine 1,06 und in Haushalten von Personen ohne Migrationshintergrund nur 0,98. Vgl. Mikrozensus 2019, Tabelle 11.

Abbildung 3 zeigt, dass es eine große postsowjetische und speziell russlanddeutsche Mittelschicht gibt. Russlanddeutsche sind im zweithöchsten Einkommenssegment überdurchschnittlich, im Segment mit den niedrigsten Einkommen unterdurchschnittlich vertreten. Anders die Zuwander*innen aus der Ukraine: sie sind im Segment mit den niedrigsten Einkommen am stärksten vertreten. Beide Gruppen bewegten sich aber in den letzten Jahren deutlich in Richtung der höheren Einkommenssegmente.

3. Haushaltseinkommen nach Herkunftsland 2019



Quelle: Berechnet auf Grundlage des Mikrozensus 2019 (Tabelle 11) • Erstellt mit Datawrapper

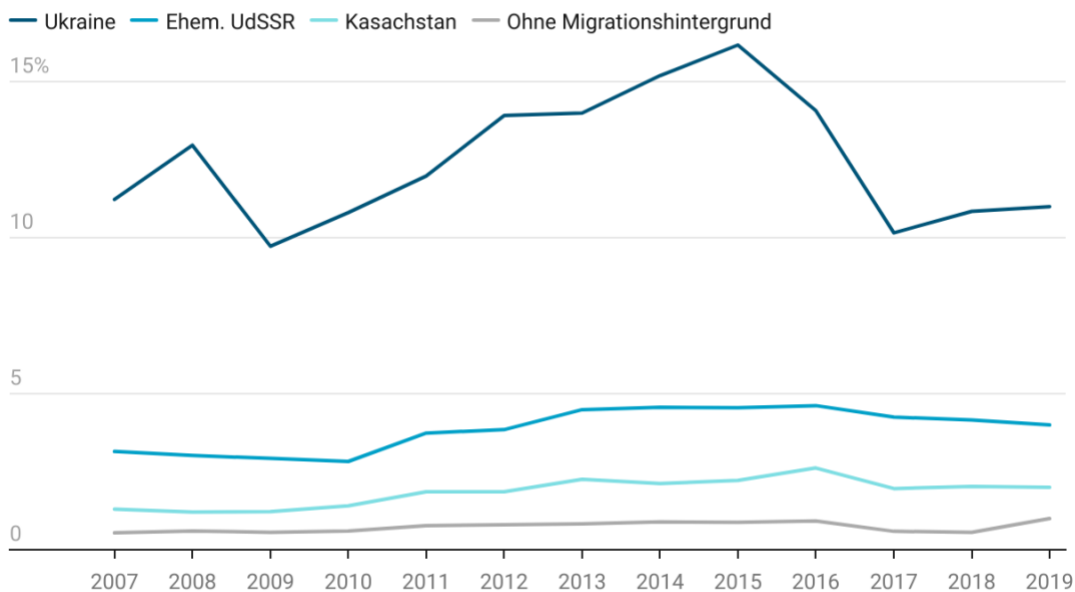
Hartz IV und Sozialhilfe

Der Anteil der Hartz-IV-Bezieher*innen ging zwischen 2005 und 2019 insgesamt zurück, parallel zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen. Nach wie vor bestehen aber gravierende Unterschiede zwischen den Gruppen: Zuwander*innen aus Kasachstan nehmen mit 4,3 Prozent durchschnittlich weniger Hartz-IV-Leistungen in Anspruch als die postsowjetischen Migrant*innen insgesamt (5,2 Prozent) und insbesondere als die Zuwander*innen aus der Ukraine (7,5 Prozent). Die Zahl der Sozialhilfebezieher*innen nahm hingegen unabhängig von der positiven Arbeitsmarktentwicklung zu (vgl. Abbildung 4): Besonders bei Einwander*innen aus der Ukraine lag der Anteil der 2019 mit 10,6 Prozent achtzehnmal höher als in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund (0,6 Prozent).¹⁵

Dies verweist auf die schwierige Arbeitsmarktintegration und Altersarmut bei den Kontingentflüchtlingen: Da sie sich ihre Arbeitsjahre in der Sowjetunion nicht für die Altersversorgung anrechnen lassen können und viele auch während ihrer Zeit in Deutschland kaum Rentenansprüche erwerben konnten, sind sie in weit überdurchschnittlichem Maße auf die Grundsicherung angewiesen. Auch immer mehr russlanddeutsche Spätaussiedler*innen empfangen Sozialhilfe, 2019 waren es 2,3 Prozent. Viele von ihnen gehen jetzt in Rente und haben auch nur geringe Rentenansprüche. Gründe sind die Änderung des Fremdretenrechts in den 1990er Jahren und der oft schwierigen Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt.

¹⁵ Berechnet auf Grundlage von Mikrozensus 2019, Tab. 16I. Tabelle 15I, Personen über 18 Jahre.

4. Sozialhilfe-Bezug postsowjetischer Migrant*innen



Quelle: Berechnet auf Grundlage des Mikrozensus 2019 (Tabelle 2 und Tabelle 15) • Erstellt mit Datawrapper

Fazit zur sozioökonomischen Integration

Die Integrationserfolge postsowjetischer Migrant*innen sind offensichtlich und besonders vor dem Hintergrund der oft düsteren Diagnosen und Prognosen der 1990er Jahre umso bemerkenswerter. Sie sind auch deshalb beachtlich, weil die Auswahl der Spätaussiedler*innen und Kontingentflüchtlinge nicht nach dem Kriterium von gutem „Humankapital“ erfolgte, was oft von einem modernen Einwanderungssystem gefordert wird. Im Fall der postsowjetischen Migrant*innen scheint wichtiger, dass ihre Aufnahme rechtlich abgesichert war und sie eine klare Bleibeperspektive hatten.

Das Bild ist aber nicht zu rosig, denn es gibt große Unterschiede zwischen Spätaussiedler*innen und Kontingentflüchtlingen wie auch innerhalb dieser Gruppen. Viele russlanddeutsche Spätaussiedler*innen haben sich durch manuelle Arbeit und oft nicht sehr gut bezahlte Tätigkeiten im Dienstleistungsbereich einen gewissen Wohlstand erwirtschaftet. Ihre prekären Jobs können aber in Krisen wie der Corona-Pandemie in Gefahr geraten.

Die Zahlen zeigen auch: Unter den postsowjetischen Migranten gibt es jede Menge „ungenutzte Potenziale“. Insbesondere bei Migrant*innen aus der Ukraine, von denen viele jüdische Kontingentflüchtlinge sind, stehen die hohen Qualifikationen im starken Kontrast zu ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt. Die Ausschöpfung ihrer Qualifikationen hat nur unzureichend oder gar nicht funktioniert.

3. Verteilung im Raum

Die Aufnahme postsowjetischer Migrant*innen in Deutschland war staatlich gefördert und in hohem Maße gelenkt: Sowohl Spätaussiedler*innen als auch Kontingentflüchtlinge sollten gleichmäßig über die Bundesländer verteilt werden. Ziel war es, die als schädlich wahrgenommene Konzentration von Migrant*innen in einzelnen Bundesländern und an bestimmten Orten zu verhindern. Die Analyse zeigt, dass der Plan – unabhängig von der Frage, ob er sinnvoll ist oder nicht – zwar auf der Bundesebene, aber nicht auf der lokalen Ebene funktioniert hat.

Beide Gruppen wurden über den sogenannten Königsteiner Schlüssel auf die Bundesländer verteilt, der auch für Asylsuchende und Flüchtlinge gilt. Für Spätaussiedler*innen galt außerdem seit 1989 das „Gesetz über die Festlegung eines vorläufigen Wohnortes für Aussiedler und Übersiedler“ (Wohnortzuweisungsgesetz). Zunächst galt eine zweijährige, zwischen 1997 und 2000 eine unbefristete, dann bis 2009 eine dreijährige Bindung an einen Wohnort – zog eine Person weg, riskierte sie damit den Verlust von Sozialleistungen.¹⁶

Die Effekte waren paradox: Auf der Bundesebene funktionierte die Verteilung insofern gut, als dass postsowjetische Migrant*innen im Vergleich zu polenstämmigen und türkeistämmigen Migranten – den zweit- und drittgrößten Migrationsgruppen in Deutschland – relativ gleichmäßig auf das Bundesgebiet verteilt sind, mit der Ausnahme der ostdeutschen Länder.¹⁷

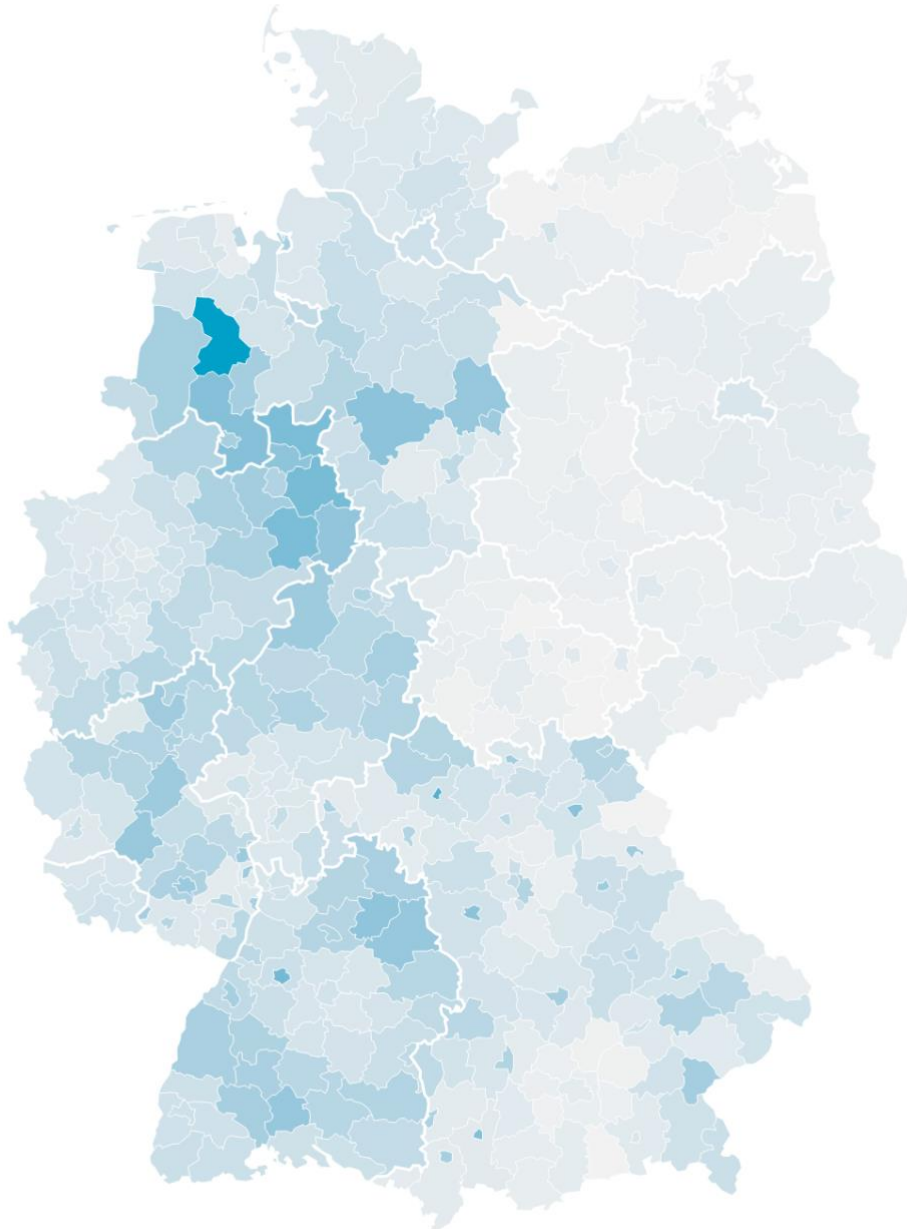
Bemerkenswert ist auch ihre Verteilung zwischen Groß- und Kleinstädten: Während Migration allgemein als großstädtisches Phänomen gilt, lebten laut Zensus von 2011 nur knapp unter 30 Prozent der postsowjetischen Migrant*innen in Städten mit mehr als 100.000 Einwohner*innen. Das entspricht ziemlich genau dem Wert der Gesamtbevölkerung. Bei den russlanddeutschen Spätaussiedler*innen lag der Anteil sogar unter einem Viertel. Bei den ukrainestämmigen Migrant*innen hingegen war es gut die Hälfte und damit etwa so hoch wie bei der türkeistämmigen Bevölkerung.¹⁸

¹⁶ Vgl. Panagiotidis, Postsowjetische Migration, S. 82-83.

¹⁷ Vgl. Panagiotidis, Postsowjetische Migration, S. 86.

¹⁸ Panagiotidis, Postsowjetische Migration, S. 95.

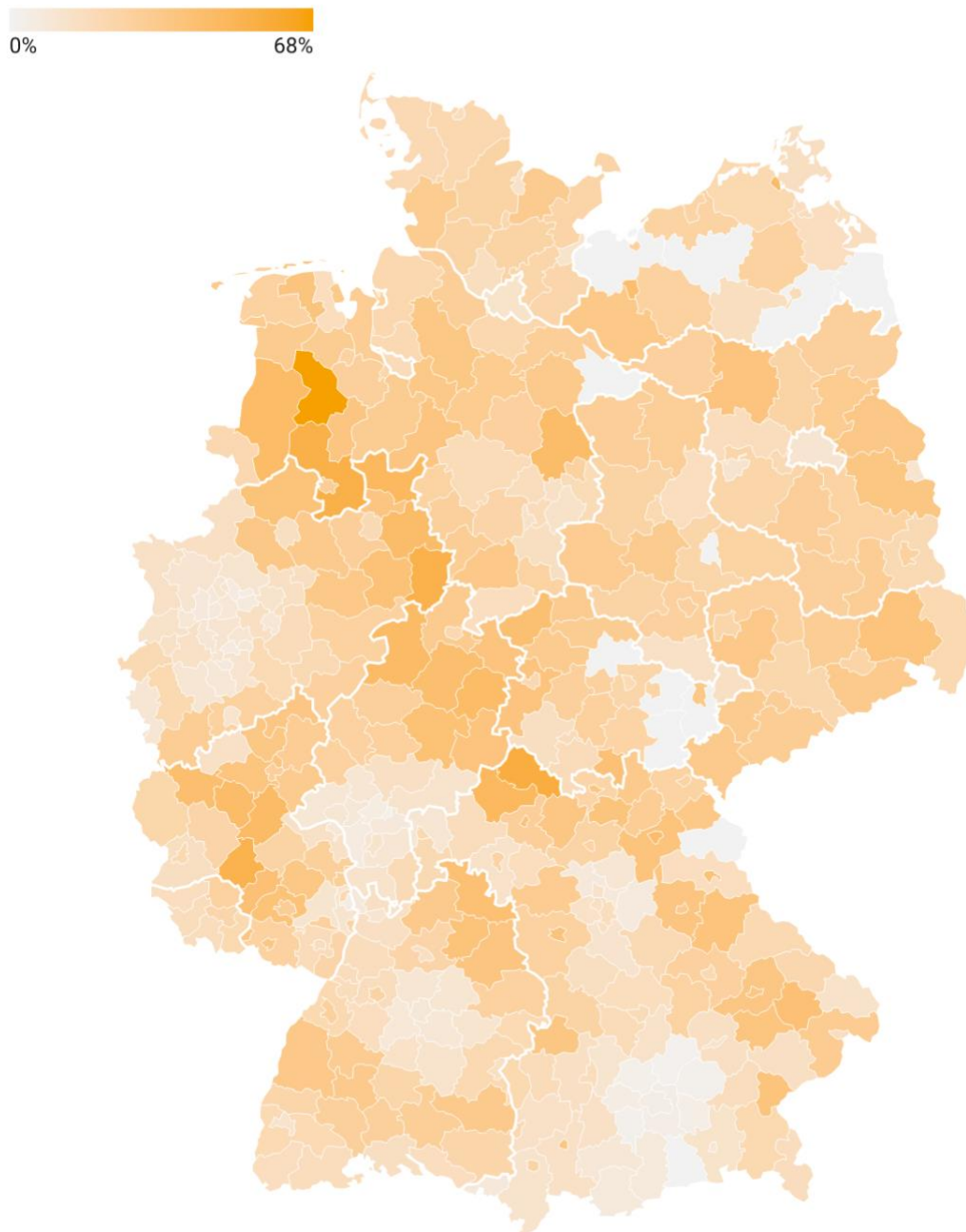
1. Anteil postsowjetischer Migrant*innen an der Bevölkerung



Quelle: Berechnet auf Grundlage des Zensus 2011 • Kartenmaterial: © GeoBasis-DE / BKG 2011 • Erstellt mit Datawrapper

Karte 1 zeigt Siedlungsschwerpunkte: Es gibt deutliche Schwerpunkte im ländlich geprägten Nordwesten und in der Mitte des Landes, in einem Streifen, der sich vom westlichen Niedersachsen über Ostwestfalen bis nach Nordhessen erstreckt und sich mit geringerer Konzentration bis nach Osthessen und das nördliche Bayern fortsetzt. Jenseits dieses Kerngebiets finden sich weitere Schwerpunkte im östlichen Niedersachsen, in Teilen von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz sowie in einigen Stadtkreisen und kreisfreien Städten in Bayern.

2. Anteil postsowjetischer Migrant*innen an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Source: Berechnet auf Grundlage des Zensus 2011 • Map data: © GeoBasis-DE / BKG 2011 • Created with Datawrapper

Etwas anders sieht diese Landkarte der postsowjetischen Migration aus, wenn man den Anteil an der Bevölkerung mit Migrationshintergrund abbildet (Karte 2). Besonders im ländlichen Raum sind postsowjetische Migrant*innen oft *die* dominante Einwanderungsgruppe. Auch die postsowjetische Bevölkerung in Ostdeutschland wird hier auf einmal sichtbar. Während ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung durchgehend gering ist, sind sie angesichts der wenigen Migrant*innen in den neuen Bundesländern ein zentraler Bestandteil der lokalen Migrationsbevölkerung.

Auf der Ebene einzelner Städte ergibt sich wiederum ein paradoxer Befund: russlanddeutsche Spätaussiedler*innen (auch hier repräsentiert durch Menschen mit Migrationshintergrund aus Kasachstan) leben stärker konzentriert im Vergleich zu polen- oder türkeistämmigen Communities. Der relativ gleichmäßigen Verteilung im Bund steht also eine starke Konzentration auf lokaler Ebene gegenüber.¹⁹

Dabei gibt es bemerkenswerte Unterschiede in einzelnen Städten: dort wo der Anteil einzelner Gruppen an der Stadtbevölkerung besonders klein ist, ist die räumliche Konzentration besonders hoch. So erklärt sich auch die höhere Konzentration in ostdeutschen Städten.²⁰

Ist dies ein Effekt gezielter Segregation durch die Zuweisungen von Stadtverwaltungen? Ist es eine Folge der lokal konzentrierten Verfügbarkeit von bezahlbarem Wohnraum? Oder stärkt eine Minderheitenposition den Wunsch, räumlich kompakt zu leben? In jedem Fall scheint klar: Die gleichmäßige Verteilung von Migrationsgruppen eignet sich nicht dazu, Konzentrationen zu verhindern – ganz unabhängig von der Frage, ob diese Konzentrationen überhaupt so negativ zu bewerten sind, wie es der öffentliche und politische Diskurs gerne tut. Die zuvor dargestellte insgesamt positiv verlaufene sozioökonomische Integration legt jedenfalls nahe, dass es sich im Fall der postsowjetischen Migrant*innen um kein strukturelles Integrationshindernis handelte.

4. Fremdwahrnehmungen und Vorurteile

Postsowjetische Migrant*innen nehmen einen eigenartigen Platz in der Vorurteilsstruktur der bundesdeutschen Migrationsgesellschaft ein: Sie sind in den meisten Fällen „weiß“, gelten als „unauffällig“ bis „unsichtbar“. Sie kommen aber aus „dem Osten“, mehr noch, aus „Russland“, einer Region, gegenüber der es in Deutschland – und allgemeiner „im Westen“ – traditionell massive Vorurteile und stereotype Vorstellungen gibt. Hinzu kommt antislawischer Rassismus, der in Deutschland weit ins 19. Jahrhundert zurückreicht und im „Generalplan Ost“, mit dem NS-Deutschland Osteuropa kolonisieren und die slawischen „Untermenschen“ versklaven wollte, seinen mörderischen Höhepunkt fand. Jüdische Zuwander*innen sind zudem von Antisemitismus betroffen, der historisch besonders stark gegen sogenannte „Ostjuden“ ausgeprägt war.

Vorurteile und Stereotype sind aber nicht automatisch negativ. Jüdischen Einwander*innen aus der ehemaligen Sowjetunion wurden im öffentlichen Diskurs nicht die überkommenen antisemitischen Bilder über „Ostjuden“ zugeschrieben, sondern philosemitische Stereotype über jüdische Bildungsbürger*innen. Positive Stereotype prägten auch zunächst den Diskurs über die deutsche Identität der Russlanddeutschen. In beiden Fällen dienten die positiven Bilder dazu, ihre Aufnahme politisch zu legitimieren.

Die Betrachtung postsowjetischer Migration fand im Spannungsfeld positiver und negativer Stereotype statt, die mit hohen Erwartungen und daraus resultierenden Enttäuschungen

¹⁹ Panagiotidis, Postsowjetische Migration, S. 105-106.

²⁰ Panagiotidis, Postsowjetische Migration, S. 107.

verbunden waren: Wenn es gut lief, waren die betroffenen Menschen „fleißige Deutsche“ und „kultivierte Juden“, wenn es schlecht lief, kriminelle, saufende, gewalttätige „Russen“.

Hinzu kommt ihre Sonderrolle im Migrationsdiskurs, in dem sowohl Spätaussiedler*innen als auch Kontingentflüchtlinge gerade *keine* Migrant*innen, keine Ausländer*innen sein sollten. Das machte insbesondere die Spätaussiedler*innen zum Objekt von einwanderungsfeindlichen Ressentiments und Rassismus, paradoxerweise auch von Teilen der Gesellschaft, die sich eigentlich durch eine besonders migrationsfreundliche Haltung auszeichnen, die rechtliche und materielle Besserstellung dieser Gruppe im Vergleich zu anderen Zuwander*innen aber als „Deutschtümelei“ zurückwiesen. Abschätzige Bemerkungen über Spätaussiedler*innen, deren einzige deutsche Eigenschaft ihre deutschen Schäferhunde seien, finden sich noch heute in eigentlich aufgeklärten, weltoffenen Kreisen.²¹

Den Umstand, dass postsowjetische Migranten als „weiß“ gelesen werden, nehmen manche wiederum zum Anlass, diesen Menschen ihre Rassismuserfahrungen abzusprechen, was vor allem in der allgemeinen Unkenntnis der langen Tradition von antislawischem und antiöstlichem Rassismus in Deutschland begründet liegen dürfte. In der Realität wurden auch postsowjetische Migrant*innen Opfer rassistischer Gewalt. Die größte Aufmerksamkeit erlangte wohl das Rohrbombenattentat in Düsseldorf-Wehrhahn 2000, bei dem zehn Menschen postsowjetischer Herkunft teils lebensgefährlich verletzt wurden und eine Frau ihr ungeborenes Kind verlor. Postsowjetische Jüdinnen und Juden sind außerdem dem allgemeinen Antisemitismus in der deutschen Gesellschaft ausgesetzt.

5. Politische Einstellungen

Der „Fall Lisa“ brachte 2016 die politischen Einstellungen postsowjetischer Migrant*innen auf die Agenda der Öffentlichkeit. Wegen Gerüchten über die angebliche Entführung und Vergewaltigung eines russlanddeutschen Mädchens nahmen postsowjetische Migrant*innen bundesweit an Demonstrationen gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung teil. Das russische Fernsehen griff das Gerücht auf und befeuerte die Debatte. Es entwickelten sich in der Folge zwei Vorstellungen über die politischen Einstellungen der postsowjetischen Migrant*innen und insbesondere der Spätaussiedler*innen: Sie seien erstens empfänglich für russische Propaganda und würden vom Kreml manipuliert, und zweitens seien sie besonders rechts eingestellt und wählten überdurchschnittlich häufig die AfD.

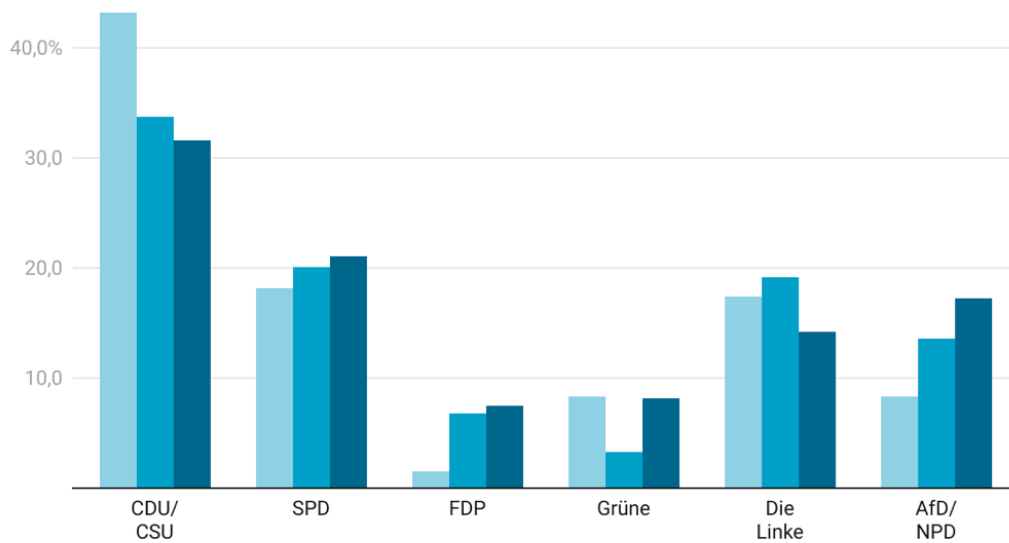
Beide Behauptungen müssen differenziert betrachtet werden. Bei den Einstellungen gegenüber Russland zeigen sich wichtige Unterschiede zwischen verschiedenen Zuwanderergenerationen: Entgegen der verbreiteten Annahme, dass die in der Sowjetunion sozialisierte Elterngeneration besonders russlandfreundlich sei, zeigt sich diese tatsächlich größtenteils kritischer gegenüber Russland als ihre in Deutschland sozialisierten Kinder. Nur 32 Prozent der Elterngeneration stimmt der Aussage zu, dass der Westen Russland gegenüber nicht genügend Respekt zeige, bei der jüngeren Generationen stimmen bis zu 50 Prozent

²¹ Jannis Panagiotidis, Die Schäferhündchen-Frage. Wer ist deutsch? Was russlanddeutsche Identitätskonzepte übers Deutschsein lehren können, <https://nemcy.dekoder.org/schaeferhund>.

dieser Aussage zu.²² Hier deuten sich gewisse Nachwirkungen des Heimwehs der „mitgenommenen Generation“ der 1990er Jahre an, die das Land ihrer Kindheit möglicherweise glorifizieren, während die Aussiedlergeneration das Land, das sie bewusst verlassen hat, kritischer sieht.

Wahlabsicht **postsowjetischer Migrant*innen** bei der kommenden Bundestagswahl

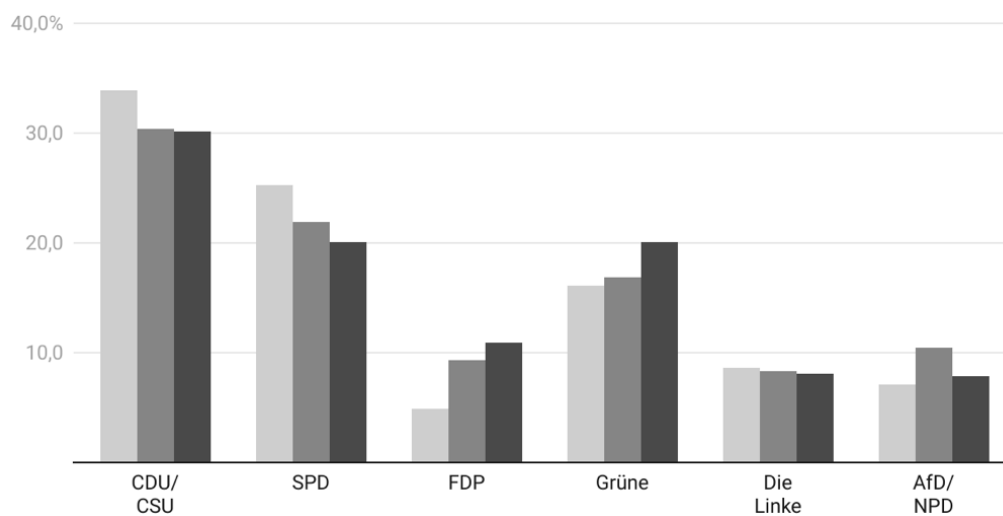
2014 2016 2018



Quelle: Allbus 2018 • Erstellt mit Datawrapper

Wahlabsicht von **Personen ohne Migrationshintergrund** bei der kommenden Bundestagswahl

2014 2016 2018



Quelle: Allbus 2018 • Erstellt mit Datawrapper

²² Boris Nemtsov Foundation for Freedom, Russischsprachige Deutsche (Berlin 2016), S. 27, [LINK](#)

Der Rechtsruck in einem Teil der Gruppe ist nicht nur ein Stereotyp, aber auch nur ein Teil der Wahrheit. Rund 40 Prozent der postsowjetischen Wählerinnen und Wähler wählen tatsächlich konstant Parteien links der Mitte oder äußern diese Absicht (vgl. Grafiken). Die CDU ist unter der Gruppe nach wie vor die beliebteste Partei. Es gibt aber einen überdurchschnittlich großen – und wachsenden – Anteil von postsowjetischen Wähler*innen mit Parteipräferenzen rechts der CDU. Seit 2014 steigt der Anteil von Personen, die eine Wahlabsicht für die AfD oder die NPD äußern. Gleichzeitig sinken die Zustimmungswerte der Gruppe für die CDU. Das legt nahe, dass der Rechtsruck vor allem unter konservativen postsowjetischen Migrant*innen stattfindet, nicht in der Gesamtgruppe.

Dieses Wahlverhalten ist nicht nur eine Konsequenz bestimmter sozialer Eigenschaften. Postsowjetische Migrant*innen wählen also nicht nur die AfD, wenn sie der Unter- oder Arbeiterschicht angehören oder unzufrieden mit dem eigenen Leben sind. Sie wählen auch unter sonst gleichen Bedingungen mit signifikant höherer Wahrscheinlichkeit die AfD – aber auch die Linkspartei – als andere Wähler*innen.²³

Was treibt russlanddeutsche Wähler*innen zur AfD? Auf lokaler Ebene zeigt sich, dass die starke Konzentration von postsowjetischen Migrant*innen in einem Wahlbezirk mit hohen AfD-Stimmenanteilen korreliert. Hier dürften „neighborhood effects“ am Werk sein: wo viele Menschen mit demselben Hintergrund auf einem Raum leben, können sich bestimmte Einstellungen verstärken und Zustimmungen zu Parteien erhöhen, die als „eigene“ gelten.²⁴ Zwar ist die AfD keine ethnische Partei, bemühte sich aber schon früh um postsowjetische Wähler*innen, beispielsweise durch Übersetzung ihres Parteiprogramms ins Russische, und gibt sich als Partei, die für ihre Interessen eintritt.

Ein wichtiger Aspekt ist die Position postsowjetischer Migrant*innen in der Migrationsgesellschaft: Dass die Gesellschaft immer diverser wird, kann dazu führen, dass sie um ihre vermeintlich privilegierte Position fürchten und Verunsicherungen und Konkurrenzdenken hervorrufen. Die Abgrenzung von anderen Einwander*innen und das Streben nach Akzeptanz in der Gesellschaft kann also ihre Sympathien mit nationalistischen, einwanderungsfeindlichen Parteien befördern.

6. Fazit

Gut drei Jahrzehnte nach dem Ende der Sowjetunion und dem Beginn der umfangreichen Migration ehemaliger sowjetischer Bürger*innen nach Deutschland sind postsowjetische Migrant*innen in all ihrer Heterogenität ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft. Ihre Integration lässt sich als gelungen bezeichnen. Das heißt aber nicht, dass man Narrative von den „auffällig unauffälligen“, gar „unsichtbaren“ Mustermigrant*innen fortschreiben sollte, denn Unauffälligkeit ist kein Wert an sich. Zudem kann voranschreitende Integration für mehr Sichtbarkeit sorgen, da die nunmehr etablierten einstigen Außenseiter eine Stimme finden und ihre Anliegen artikulieren.

²³ Panagiotidis, Postsowjetische Migration, S. 169.

²⁴ Panagiotidis, Postsowjetische Migration, S. 173-184.

Die daraus entstehenden Konflikte um symbolische und materielle Ressourcen sind Teil des von Aladin El-Mafaalani beschriebenen „Integrationsparadoxes“.²⁵ Dass sich insbesondere die politische Stimme der Russlanddeutschen in letzter Zeit verstärkt am rechten Rand artikuliert, ist eine Folge der Versäumnisse aller politischen Parteien, diese politische Klientel einzubinden. Es handelt sich aber auch um eine Konsequenz der Hierarchisierungen innerhalb des bundesdeutschen Migrationsdiskurses. Auch dies ist ein Grund, von undifferenzierten Erzählungen über kollektive Erfolgsgeschichten bestimmter Migranten*innen genauso Abstand zu nehmen wie von der pauschalen Identifikation von „Problemgruppen“.

Die Umfassende Studie ist erschienen unter Panagiotidis, Jannis (2021): „Postsowjetische Migration in Deutschland“, Beltz Juventa Verlag.



²⁵ Aladin El-Mafaalani, Das Integrationsparadox. Warum gelungene Integration zu mehr Konflikten führt (Köln: Kiepenheuer & Witsch, 2018).